

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1877**

23.1.1877 (No. 19)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 23. Januar.

№ 19.

Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1877.

Bestellungen auf die Karlsruher Zeitung für die Monate Februar und März werden bei der Expedition sowohl wie bei sämtlichen Postanstalten angenommen.

## Ämtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 12. Januar d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Weichenwarter Georg Kneller in Bruchsal die silberne Rettungsmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 17. d. M. gnädigst geruht:

Die Bezirksforstei Schwellingen dem Bezirksförster Köhler in Berghausen,  
die Bezirksforstei Berghausen dem Bezirksförster Schabinger in Graben,  
die Bezirksforstei Sinsheim dem Bezirksförster Mathes in Neuchen,  
die Bezirksforstei Schoppsheim dem Bezirksförster Seidel in Langensteinbach, ferner  
die Bezirksforstei Neuchen dem Forstpraktikanten Max v. Bodmann von Freiburg,  
die Bezirksforstei Neckarschwarzach dem Forstpraktikanten Ferdinand von Schilling von Heidelberg,  
die Bezirksforstei Langensteinbach dem Forstpraktikanten Eugen Seyfried von Obriheim und  
die Bezirksforstei Graben dem Forstpraktikanten Friedrich Baum von Durlach,  
letzteren vier unter Ernennung zu landesherrlichen Bezirksförstern zu übertragen.

Seine Majestät der Kaiser und König haben mittelst Allerhöchster Kabinetts-Ordres vom 11. bezw. 16. d. Mts. Allergnädigst geruht:  
den Vice-Batallmeister West vom 2. Batallion (Heidelberg) 2. Badischen Landwehr-Regiments Nr. 110 zum Secondelieutenant der Reserve des Badischen Train-Batallions Nr. 14 und  
den Premierlieutenant Quade vom 1. Oberschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 22 zum überzähligen Hauptmann zu befördern.

## Nicht-Ämtlicher Theil.

### Telegramme.

† Berlin, 20. Jan. Die Beisetzung der Leiche der Frau Prinzessin Karl wird mit Rücksicht auf die Jahreszeit nicht im Dom, sondern in der Schlosskapelle stattfinden. In der Nacht vom Sonntag auf Montag soll die Leiche nach dem Schloß übergeführt und dort am Montag von 12 bis 4 Uhr im geschlossenen Paradesarge aufgestellt werden. Am Dienstag 11 Uhr wird der Trauergottesdienst gehalten und erfolgt sodann in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch die Überführung der Leiche nach Charlottenburg, von wo aus demnächst, gemäß dem kundgegebenen Willen der Berewigten in aller Stille, die Beisetzung in der Kirche zu Nikolskoje bei Potsdam vorgenommen wird. Prinz Karl wird sich am Mittwoch in Begleitung der landgräflich hessischen Familie nach Wiesbaden und von da nach Italien begeben. Großfürst Wladimir trifft morgen früh 6 Uhr hier ein und steigt im russischen Botshafthotel ab.

† Berlin, 20. Jan. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte Windthorst (Weppen) eine Interpellation ein, betreffend die Linderung der Noth der durch die Rogatüberschwemmung Betroffenen. Die Uebersicht der Staatseinnahmen und Ausgaben pro 1875 wurde an die Rechnungskommission, die Nachweisung über die Klassen- und Einkommensteuer-Berantlagung nach längerer Debatte an die Budgetkommission verwiesen; ebenso auch an letztere die Vorlagen über die Konsolidation der Staatsanleihen und über die Verwendungen zu Eisenbahn-Bauten. Demnächst genehmigte das Haus ohne Debatte die Gesekentwürfe wegen Verkaufes von Stempelposten, über die Aufhebung der Wegabgabe in Frankfurt a. d. O. und wegen des Haltens der Geseksammlung und des Amtsblattes in Lauenburg in erster und zweiter Lesung.

Der hierauf zur Verhandlung gebrachte Gesekentwurf über den Umbau des Zeughauses veranlaßte eine längere Debatte, bei welcher v. Gerlach, Bienenbach und Windthorst (Weppen) gegen die Vorlage, Windthorst (Vielefeld) und Wehrenpennig für dieselbe sich erklärten, wonach solche an die Budgetkommission verwiesen ward. Dagegen wurde betreffs der Vorlage über die Umzugskosten der Beamten beschloffen, die zweite Beratung im Plenum zu erledigen. Hierbei sprach Windthorst (Vielefeld) sein Bedauern aus, daß die vierte und fünfte Rangklasse der Beamten nicht gleichgestellt

sei, wogegen vom Regierungstisch aus die Annahme der Vorlage befürwortet wurde, da andernfalls der jetzige Zustand fort dauern würde. — Nächste Sitzung Mittwoch.

† Berlin, 20. Jan. Heute fand die gerichtliche Verhandlung gegen Dr. Rudolf Meyer statt, welcher beschuldigt ist, durch einen Artikel der „Socialpolitischen Korrespondenz“ vom 5. Oktober den Fürsten Bismarck beleidigt zu haben. Der Angeklagte erbot sich, den Beweis der Wahrheit seiner Angaben anzutreten, indem er auf das Zeugniß der Herren v. Blankenburg, Bleichröder, Kardorff und Bethmann rekurrierte. Der Gerichtshof beschloß hierauf die Zulassung des Antrages auf Beweiserhebung und die Freilassung des Angeklagten aus der Haft gegen Kaution.

† Solingen, 20. Jan. Bei der engeren Wahl zum Reichstage hat der socialdemokratische Kandidat Rittinghausen gesiegt.

† Wien, 20. Jan., Abends. Wie die „Presse“ meldet, hat die ungarische Regierung das Projekt der ungarischen Nordostbahn-Gesellschaft, betreffend den Bau der Linie Munkacs-Beskid (ungarisch-galizische Anschlusslinie der Abrechts-Bahn), abgelehnt.

† Rom, 20. Jan., Abends. Im weiteren Verlaufe der Debatte über den Gesekentwurf betreffend die Mißbräuche der Geistlichkeit ergriff der Justizminister in der Sitzung der Deputirtenkammer das Wort, um die Zeitgemäßheit des Gesekentwurfes nachzuweisen, wobei er hervorhob, daß die sich kundgebende größere Verjährlichkeit der geistlichen Behörden eine Folge der Festigkeit des gegenwärtigen Kabinetts sei. Das Papstthum erkenne nur die Vereinigung Lombardo-Venetians mit dem ehemaligen Königreich Sardinien an, sehe in dem übrigen Königreich Italien nur das Resultat von gewaltthätigen Fusionen und lasse die Geistlichkeit für die politische Aufklärung wirken; daher nähmen allerlei Mißbräuche ihren Ursprung. Schließlich ersuchte der Minister das Haus, den Entwurf ohne Abänderungen anzunehmen.

† Brüssel, 21. Jan. Der „Independance Belge“ zufolge haben die Spinner- und Web- und Färbereiarbeiter die Arbeit eingestellt und sind in Folge dessen Ruhestörungen vorgekommen. Eine Abtheilung der Brüsseler Gendarmen ist nach Loth abgeordnet worden.

† St. Petersburg, 20. Jan. Aus Kischeneff wird telegraphisch gemeldet, daß Großfürst Nikolaus die letzte Nacht unruhig verbrachte, jedoch fieberfrei ist.

† St. Petersburg, 20. Jan. Die Nachricht auswärtiger Zeitungen, wonach Fürst Gortschakoff anlässlich des vorausgesetzlichen Scheiterns der Konferenz ein Rundschreiben an die Regierungen der Großmächte gerichtet haben soll, wird von bestunterrichteter Seite als vollkommen erfunden bezeichnet. Mit diesem absoluten Dementi wird die Bemerkung verbunden, daß überhaupt in den letzten Wochen keinerlei besondere Zirkularnotifikation an die Vertreter Russlands im Ausland bezüglich der orientalischen Frage oder der Konferenz ergangen sei. Die Meldung über den ablehnenden Beschluß des Großen Rathes zu Konstantinopel liegt auch hier vor, jedoch noch nicht in offizieller Weise. Erst nach der offiziellen Mittheilung wird über die demnächst von Russland zu treffenden Maßnahmen Seitens des Kaisers Entscheidung gefaßt werden. Hiervon unabhängig ist die eventuelle Abreise des General Ignatieff zusammen mit den andern Bevollmächtigten und seine Vertretung durch den russischen Geschäftsträger.

† Konstantinopel, 20. Jan. Die „Agence Havas“ meldet: Gerüchweise verlautet, die türkische Regierung würde ungeachtet der ablehnenden Entscheidung des Großen Rathes in der heutigen Sitzung der Konferenz auf Ausföhrung abzulehnde Gegenanträge machen. Biewohl die Bevollmächtigten der Großmächte angeblich bereits bei der heutigen Zusammenkunft der Konferenz dieselbe für aufgelöst zu erklären beabsichtigten, so ist es nunmehr, falls ihnen die türkischen Vorschläge eine weitere Prüfung zu verdienen scheinen sollten, doch nicht unmöglich, daß sich die Konferenz, um einen entscheidenden Beschluß zu fassen, bis zur nächsten Woche vertagt.

† Konstantinopel, 20. Jan., Abends. In der heutigen Sitzung der Konferenz verlas Savet Pascha eine Note, worin erklärt wird, daß sich die Pforte über gewisse Detailpunkte mit den Mächten verständigen könne. Die Frage der Ernennung der Generalgouverneure wird in der Note mit Stillschweigen übergangen, dagegen bezüglich der einzusehenden Ueberschneidungskommission vorgeschlagen, daß eine „Lokal-Kommission“ zu wählen sei, welche unter dem Vorstehe eines türkischen Funktionärs tages. Bezüglich Serbiens und Montenegros soll die Regelung der streitigen Fragen späterer Entscheidung überlassen werden. Nach Verlesung der Note konstatarie Lord Salisbury, daß, da die Pforte sich weigere, die von den Mächten geforderten zwei Garantien für die Ausföhrung der Reformen (den vorgeschlagenen Modus der Ernennung der Gouverneure und die Organisirung einer wahrhaft unabhängigen Kontrollkommission) zu bewilligen, kein gemeinsamer Boden mehr für die Verhandlung vorhanden zu sein scheint und die Konferenz sich daher als geschlossen betrachten müsse. In gleichem Sinne sprach General Ignatieff, indem er ebenfalls die Vorschläge der Pforte für unannehmbar erklärte, die Verantwortlichkeit, welche auf letztere zurückfalle, hervorhob und schließlich der Hoffnung Ausdruck gab, die Pforte werde fortan nichts gegen Serbien und Montenegro unternehmen und die Lage der christlichen Bevölkerung zu berücksichtigen wissen. Nach diesen Erklärungen ging die Konferenz auseinander, da die Arbeiten ihr Ende gefunden hatten. Ignatieff und Salisbury werden Montag, die anderen Bevollmächtigten im Laufe der nächsten Woche abreisen.

† Konstantinopel, 21. Jan. Ueber die gestrige Sitzung der Konferenz verlautet noch weiter: Nachdem General Ignatieff seine Bemühungen zur Verhütung des Krieges dargelegt hatte, führte er in seinen Schlußworten aus, wenn die Pforte jetzt eine Aktion gegen Serbien und Montenegro unternehmen würde oder wenn die christliche Bevölkerung fernere Leiden zu dulden hätte, so würde Europa davon Kenntniß nehmen. Endlich erwähnte Ignatieff auch noch, daß die Mitglieder der Konferenz eine Petition von christlichen Bewohnern Mazedoniens, Epirus, Thezaliens und Creta's erhalten hätten, mit der Bitte, die Konferenz möge sich auch mit der Verbesserung ihrer Lage beschäftigen; die Konferenz habe zwar diese Bitten nicht in Erwägung ziehen können, da ihr Mandat bereits beendet sei, dennoch wolle er die Thatsache an sich noch in der heutigen Schlußsitzung konstatiren.

### Deutschland.

Berlin, 19. Jan. Der „Deutsche Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht Folgendes: Man schreibt aus Paris: Nachdem die französische Presse seit mehreren Wochen mit nur wenigen Ausnahmen Partei für die Türkei gegen Russland genommen hatte, macht dieselbe in den letzten Tagen den Versuch, Deutschland für den Ausgang der Krisis im Orient verantwortlich zu machen. In beinahe sämtlichen Zeitungen findet man längere Artikel oder kürzere Notizen über die Haltung, welche der Fürst v. Werther in der letzten Zusammenkunft der Konferenz den Türken gegenüber angenommen haben soll. Man schließt daraus, daß Deutschland eine friedliche Erledigung der orientalischen Frage nicht wünsche, da es hoffe, die russische Macht im Kampfe gegen die Türkei zu Grunde gehen zu sehen. Die bemerkenswerthe Artikel über dieses Thema sind vom „Journal des Debats“ veröffentlicht worden, dessen Chefredakteur, Hr. Molinari, auch heute wieder schreibt, daß „der Fürst Bismarck die Christen im Orient durch russisches Geld und russisches Blut von dem Joche der Türken befreien will.“

Die erste Ursache dieser Polemik dürfte zunächst ein angeblich aus Paris an die „Agence Havas“ gerichteter Brief sein, der, wie Alles, was von der Agence ausgeht, in vielen französischen Zeitungen abgedruckt worden ist. Sodann haben die in den englischen Zeitungen veröffentlichten Depeschen über die Haltung des Fürst v. Werther Mißtrauen gegen die deutsche Politik im Orient erweckt.

Die im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichte Notiz über die Haltung des deutschen Bevollmächtigten in Konstantinopel dürfte jedoch den periodisch auftauchenden Verdächtigungen vorläufig wieder ein Ende machen. Die „Republique Française“ nimmt dies mit großer Bestimmtheit an und schreibt in ihrer Nummer vom 15. Jan. u. A.: „Es ist klar, daß der machiavellistische Plan, den man dem Berliner Kabinet angedichtet hat, eine einfache Verleumdung ist.“

Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ reproduziert in ihrer Nummer vom 21. diesen Artikel und knüpft daran folgende bemerkenswerthe Auslassung: „Wir wollen die Hoffnung des „Reichsanzeigers“ theilen und werden, wenn sich dieselbe erfüllt, auch die Bedenken gerne schwinden lassen, welche, wie schon wiederholt erwähnt, manche andere gleichzeitig mit der Agitation in den französischen Pressorganen sich aufdrängende Wahrnehmungen hervorgerufen konnten. Wir werden dann auch die außergewöhnliche, weit über den normalen Bedarf hinausgehende Einfuhr von Getreide aus Ungarn nach Frankreich, von der uns aus Württemberg und Bayern berichtet wird, als eine harmlose geschäftliche Spekulation ansehen und gern darauf verzichten, darin eine — interessante Vorkehrung der französischen Intendanz zu erkennen.“

Berlin, 19. Jan. Der „Nordd. Allg. Ztg.“ wird vom 15. d. aus St. Petersburg geschrieben: Wenn irgend etwas, so ist die Regsamkeit und Freude der französischen Presse über das angebliche Hervortreten Deutschlands aus seiner bisherigen Reservirten und nur beobachtenden Haltung mit Bezug auf die Konferenzen in Konstantinopel eine bezeichnende Signatura temporis. Wir wissen nicht — das heißt im Publikum hier weiß man nicht — an rechter Stelle wird man es schon wissen, ob der deutsche Botshafte selbst oder im Auftrage des Fürsten Bismarck endlich die Geduld über das „Herabmindern“, „Nachgeben“, „ad referendum nehmen“ der europäischen Großmacht-Konferenzen verloren hat; aber man weiß hier ganz gewiß, daß alle hiesigen Franzosen und französisch Gesinnten dasselbe Lied singen, welches die französische und theilweise auch die englische Presse nach allen

Seiten hin variiert, nämlich jeden Schritt, den der Fürst Bismarck thut, als gegen Russland zu erklären und selbst aus den offenkundigsten, unzweideutigsten Freundschaftsbeweißen irgend eine giftige und zerfetzende Konsequenz herauszudemonstrieren. Wenn man dieses französische Werben um die russische Freundschaft, das sich natürlich und auch ganz ungeniert gegen das gute Einvernehmen zwischen Russland und Deutschland richtet, mit Ansicht, wie es sich mißt und überreden möchte, welche Ausichten es eröffnet, wenn Russland nur endlich so klug sein wollte, der konservativen Republik Frankreichs über Deutschland hinweg die Hand zu reichen — wie es vor dem Ehrgeiz und der Eroberungslust Deutschlands warnt, so muß man wirklich die Fähigkeit der französischen Phantasie bewundern, die sich einbildet, die russische Nation könne jemals 1812 und 1854, die Unterstüßung aller polnischen Injurktionen, das unbestraft gebliebene Morattentat in Paris auf ihren Kaiser vergessen. — Aber politisch wäre es doch so sehr vorteilhaft, wenn Russland brüderlich in die Arme Frankreichs fielen, Fürst Gortschakoff seine Ideen mit Gambetta austauschte und Zuaven und Kosaken vereint in Berlin liberté, égalité und fraternité proklamirten. Längere Zeit war es mit diesen französischen Bewerbungen und dieser Propaganda ziemlich stille gewesen. Kaum wird aber in die Welt hineingeschrieben und telegraphirt, Deutschland habe einen Schritt gethan, der Russland hindert, ihm unangenehm sein, oder ihm einen Entschluß aufzuzwingen könne, so begibt sich auch das gesamte Franzosenthum hier, in Salons und Hotels, beim Thee und in den Jokers, an die Arbeit, Deutschland, die Deutschen und alles Deutsche zu verdächtigen. Gewiß muß jeder aufmerksame Zeitungsleser anerkennen, daß die Haltung der gegenwärtigen französischen Regierung mit Bezug auf die türkische Angelegenheit eine musterhaft ruhige und durchaus korrekte ist, daß sich keinerlei Vorwurf der Zweideutigkeit, der früher so unvermeidlichen und verletzenden Anmaßung oder des Intriguirens gegen das jetzige Frankreich formuliren läßt, und demgemäß hat sich bei uns auch die frühere, nur abweichende Haltung gegen Frankreich wesentlich geändert. Wenn wir uns auch mit der Regierungsform des jetzigen Frankreichs nicht befreundet können, schon ihres revolutionären Ursprunges wegen, so gesteht doch hier Jedermann gern zu, daß die zeitliche Regierung ruhig, haltungspoll und vorzüglich nach allen Seiten hin funktioniert. Die Propaganda hat also jetzt leichteres Spiel als früher. Vor allen Dingen macht kein Franzose ein Hehl daraus, daß ihm an der Freundschaft Russlands etwas gelegen, wenn wir uns auch im Stillen sagen müssen, daß sie nur ihr Interesse dabei suchen, daß sie nur Sympathien für uns haben, um ihre Antipathie gegen Andere auszudrücken, und daß Frankreich die russische Freundschaft sucht, um seine Feindschaft gegen Deutschland besser betonen zu können. Es ist das ein Krieg, der hier ganz im Stillen zwischen der numerisch zahlreicheren deutschen und der eben so rührigen als infamanten französischen Kolonie geführt wird und nach beiden Seiten Anhänger findet. Noch ist mir zwar kein Fall vorgekommen, wo französische Argumente, Wünsche, Versprechungen und Perspektiven über deutsche gesteckt hätten, aber versucht wird es immer wieder aufs Neue, und gerade in den letzten Tagen haben diese Versuche einen sogar aufälligen Charakter angenommen, als französische und englische Zeitungen deduzierten, Fürst Bismarck trete nur deswegen plötzlich nachdrücklicher in Konstantinopel auf, weil er wünsche, daß Russland durch einen Krieg mit der Türkei geschwächt werde und sich womöglich verblute. So unglaublich ungeschickt das erfunden ist, denn welcher Staatsmann könnte wünschen, eine benachbarte Macht geschwächt zu sehen, die ihm bis jetzt hilfreich gewesen ist und es wieder werden kann, — so klingt doch eine solche Phrase zu brillant, um nicht gern gehört und dann als eigenes Urtheil weiter erzählt zu werden, denn möglich ist dergleichen allerdings, wie uns die Dankbarkeit des Fürsten Schwarzenberg bewiesen, die in der That, wie der Fürst es selbst vorhergesagt, alle Welt in Erstaunen gesetzt hat. Es kam indessen sehr bald eine Zeit, wo die Nachfolger des Fürsten Schwarzenberg wünschten, er hätte das nicht gesagt und noch weniger gethan!

Berlin, 19. Jan. Der „Deutsche Reichsanzeiger“ schreibt: Nachdem Deutschland längere Zeit von der Kinderpest verschont geblieben, ist die Seuche in den letzten Tagen plötzlich an drei verschiedenen Punkten des preussischen Staates ausgebrochen. Am 8. d. M. wurde sie in den Dörfern Knützen und Kaltwasser im Kreise Groß-Strehly, Provinz Schlesien, und in den folgenden Tagen in Carolinenhof und Grobidis, desselben Kreises, konstatiert. Am 14. erfolgte die Feststellung der Verseuchung zweier Ställe der Viehkommissionäre Görnis und Wid in Altona und am folgenden Tage wurde die Infektion des Viehstandes der Zuckerfabrik Concordia bei Brieg festgestellt. Auf allen infizierten Punkten, sowie an allen Orten, welche nach den sofort angestellten Ermittlungen über die Art der Einschleppung und Verschleppung der Seuche als verdächtig anzusehen waren, sind unverzüglich die nöthigen Tilgungs- und Sicherheitsmaßregeln zur Durchführung gelangt. Im Besondern sind die infizierten und verdächtigen Viehstände getödtet und verscharrt worden, und es hat eine Isolirung der verseuchten Lokalitäten durch Abspernung stattgefunden.

Nach dem Ergebnisse der bisherigen Ermittlungen müssen alle drei Infektionen auf Einschleppungen aus dem benachbarten Ausland nach Kosberg bei Deuthen in Oberschlesien zurückgeführt werden. Im Besondern ist ermittelt worden, daß der Hofbesitzer Kalinowoda in Kosberg ungeachtet des bestehenden Einfuhrverbotes Kinowich über die Grenze zu bringen gewußt hat, daß Händler in Grobidis und der Fleischer Blandowski in Deuthen von Kalinowoda Ochsen gekauft, und daß die Infektion im Kreise Groß-Strehly durch einen Transport Ochsen erfolgt ist, welchen Händler aus Grobidis geliefert hatten, sowie, daß die Ausbrüche der Seuche in Altona und auf der Zuckerfabrik Concordia bei Brieg wahr-

scheinlich durch Viehstücke herbeigeführt worden sind, welche Blandowski veräußert hatte. Gegen den Hofbesitzer Kalinowoda ist die Unterjuchung eingeleitet und die Verhaftung beantragt. Auch sind zur Verhütung weiterer Einschleppungen Anordnungen ergangen, um die Grenzsperrre zu verschärfen und nach Umständen zu ihrer strengen Durchführung militärische Kräfte heranzuziehen.

Berlin, 19. Jan. In den Händen der deutschen Regierung befindet sich — so wird von sonst gut unterrichteter Seite behauptet — das Material zu einer gewaltigen Anklage gegen die Häupter der Orleansisten, welche auf den Umsturz der bestehenden Ordnung der Dinge in Frankreich hinarbeiten. In das gefährliche Komplott sollen nicht nur Regierungsmänner gezogen sein, welche das Vertrauen des Marschall-Präsidenten mißbrauchen; die Verschwörung verzweigt sich auch in der Armee und Marine, und vom Auslande werden die Jüden in Bezug gesetzt, welche die künftige Aktion dem Präsidenten Frankreichs in die Hände spielen sollen. Ob ein Gebrauch und welcher von den Enthüllungen über das kriegerische Programm und das sonstige Rüstzeug der Orleansisten gemacht wird, ist uns bis zur Stunde unbekannt. Aber wahrscheinlich ist es, daß die Repräsentanten der Macht in Frankreich gewarnt worden sind, Einflüsterungen Gehör zu schenken, welche den Frieden Europas ehrgeizigen Plänen zu opfern gedenken. Den Agenten der Orleansisten an den fremden Höfen, gleichgiltig ob sie zum Familienverbände der Dynastie gehören, oder ob sie Minister- oder Generalsuniformen tragen, mag es immerhin gelingen, für die bevorstehenden kriegerischen Eventualitäten eine neue Gruppierung der Mächte zu erfinden, welche die Hoffnungen der Kriegspartei in Frankreich zu begünstigen scheint. Aber der praktische und gesunde Blick der leitenden Staatsmänner wird Europa davor bewahren, daß der Kanonendonner an der unteren Donau das Signal zu weiteren kriegerischen Komplikationen geben könnte, auf welche die Coterie der Orleansisten ihre Verschwörungs- und Umsturzpläne stützen. Die Nachricht dürfte sich bestätigen, daß Russland bei den Unterzeichnern des Pariser Vertrages von 1856 den Antrag gestellt hat, nach der Abreise ihrer Bevollmächtigten aus Konstantinopel Abtheilungen der Flotten nach dem Bosporus zu senden. Begreiflicher Weise ist es fraglich, ob die Mächte, namentlich England und Oesterreich, sich dieser Forderung anschließen werden, welche die betreffenden Stipulationen des Pariser Vertrages illusorisch machen würde. Die Türkei dürfte ohne Zweifel von ihrem vertragsmäßigen Recht Gebrauch machen und den Kriegsschiffen der Mächte den Pat zur Passirung der Dardanellen nicht ertheilen. Es müßten deshalb zum Schutze der zahlreichen in der Türkei lebenden Christen andere Maßregeln seitens der Mächte getroffen werden.

Innerhalb und außerhalb des Abgeordnetenhauses hat man mit gewisser Befriedigung den heutigen Ausdruck des Finanzministers Camphausen in der Budgetdebatte aufgenommen, nach welchem dem Aufschwunge des Verkehrs nur noch die orientalische Verwickelung entgegenstehe. Sobald diese beseitigt, fügte er hinzu, werde der Verkehr hoffentlich einen ruhigen Fortgang nehmen, und sei dann nur zu wünschen, daß man sich nicht wieder zu übertriebenen Spekulationen verleiten lasse. Sehr bemerkenswerth war auch die Art, mit welcher der Finanzminister Protest gegen den Vorwurf einlegte, daß er in seiner Etatsrede den Kulturkampf nicht erwähnt habe. Er meinte, daß jeder Tag, jede Stunde der Abklärung des Kulturkampfes von ihm mit der größten Freude begrüßt werden. Aber diese Abklärung habe die Vorbedingung, daß das Recht des Staats nicht mißachtet werde. Von konservativer Seite werden an diesen Ausspruch Hoffnungen geknüpft, die um so unverständlicher sind, als die Haltung der Ultramontanen wahrlich nicht zu der Hoffnung berechtigt, daß sie ihre Opposition gegen die Mai-Gesetze aufgeben und mit fliegenden Fahnen in das konservative Lager einziehen werden. — Die sorgfältige Prüfung der einzelnen Etats durch Kommissarien des Abgeordnetenhauses hat sich auch diesmal als notwendig erwiesen. Der Präsident wird deshalb in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Hauses, wie sie sich in der heutigen Budgetberathung ausgesprochen, wieder von seiner Befugniß zur Bildung kommissarischer Staatsgruppen Gebrauch machen, und die Fraktionen werden heute zusammentreten, um durch Designirung geeigneter Mitglieder die baldige Konstituierung dieser Gruppen zu fördern. Bekanntlich können dieselben nicht — wie die Budgetkommissionen — Anträge stellen, sondern nur Resolutionen zur Kenntniß des Hauses bringen.

Es war der Zweifel laut geworden, ob in Gemäßheit des Reglements zur Ausführung des Reichswahl-Gesetzes die engere Wahl nicht frühestens am achten Tage nach Feststellung des Ergebnisses der ersten Wahl erfolgen könne. Eine genauere Einsicht der einzelnen Paragraphen des Reglements lehrt indeß, daß für die Bekanntmachungen betreffs der Stichwahl die Fristen nicht innegehalten werden müssen, wie sie für die Hauptwahl anberaumt sind. — Das Ergebnis der gestrigen Ederfelder Wahl, so erfreulich es ist, hat hier nicht sonderlich überrascht können. Man wußte, daß von den tonangebenden Leuten unter den Liberalen des Wuppertales schon vor der Wahl offen ausgesprochen war, sie würden im Falle einer engeren Wahl gegen die Sozialdemokraten für einen Kandidaten der liberalen Parteien stimmen, der sich nicht allzujehr im „Kulturkampf“ hervorgethan habe. Das haben sie denn auch gestern befolgt und nur die katholischen Arbeiter scheinen teilweise auf Hasselmann übergegangen zu sein. Wenn Jung heute in Solingen unterliegen sollte, so liegt es nur daran, daß er in den kirchenpolitischen Verhandlungen des Landtags seit fünf Jahren eine hervorragende Rolle gespielt hat, die ihm die Liberalen niemals vergeihen werden. Uebrigens scheint unter den parlamentarischen Sozialdemokraten die Trauer um die Niederlage Hasselmann's, des enkant terrible der Zukunftsfraktion, nicht geradezu groß zu sein. Er trieb im Parlamente ausschließlich rothe Klubpolitik und gebährdete

sich als Diktator zur großen Unbequemlichkeit seiner Genossen.

Die hiesige Handwerkerpartei hat wider Erwarten nun doch gestern beschlossen, bei den Stichwahlen am 23. Jan. sich der Abstimmung zu enthalten. Durchschlagende Gründe sind für diesen Entschluß, der unter der ausdrücklichen Verwahrung, „die Handwerker seien in allen politischen Fragen mit der Fortschrittspartei einig“ gefaßt wurde, nicht angeführt; es scheinen hauptsächlich persönliche Antipathien gegen einzelne Kandidaten der Fortschrittspartei maßgebend gewesen zu sein.

A. Berlin, 20. Jan. Wir meldeten kürzlich, daß die hiesigen Führer der Sozialdemokratie die Parole ausgegeben haben, daß die Sozialdemokraten bei den Berliner Stichwahlen zum Reichstag gegen Max Hirsch für Forderbed stimmen würden. Heute liegt uns nun der Beweis für die Richtigkeit unserer Mittheilung vor. Die „Berliner freie Presse“, das hiesige Organ der Sozialdemokraten, bringt einen langen Artikel über die Stichwahlen in Berlin, der unter scharfen Angriffen gegen die Fortschrittspartei und unter nicht wiederzubegebenden Citaten, welche sie Max Hirsch beilegt, es direkt ausspricht: „Einem Mann wie Max gegenüber mag man sich nun, da mit ihm kein Sozialist mehr konkurriert, der Wahl enthalten, bei Hirsch aber darf keine Schonung obwalten. Sein Gegner ist zwar ein Nationalliberaler acht schwarz-weißer Couleur, ein Bismärcker, ein Reaktionsär, allein es ist kein Bauernfänger. . . . (Hier folgten eine Reihe von Kraftausdrücken, die wir nicht wiedergeben können.) Der Artikel schließt in diesem Passus: Nicht für Forderbed, wohl aber gegen Hirsch muß die Lösung sein. Es wird also direkt die Dreie ausgegeben, daß die Sozialdemokraten im ersten Wahlkreise für Forderbed und gegen Hirsch stimmen, im zweiten Wahlkreise aber sich der Wahl enthalten werden. Unter solcher Voraussetzung dürfte wohl die Wahl Forderbed's ziemlich gesichert sein.

Leipzig, 20. Jan. (Aus der Rechtsprechung des Reichs-Oberhandelsgerichts.) Ein Bahnwärter war ohne sein Verschulden schwer verletzt worden, indem er den linken Arm verlor und mit Blutverlusten befaßt ist. Die Eisenbahn meinte aber, der Mann könnte doch noch in ihrem Dienste thätig sein, und hielt sich deshalb nicht zur Bezahlung einer Entschädigungsrente für verpflichtet, wurde jedoch in allen Instanzen verurtheilt. Die Eisenbahn hat kein Recht auf lebenslängliche Dienste ihrer Arbeiter und deren Erwerbsunfähigkeit ist nach allgemeinen Gesichtspunkten, nicht nach den besonderen Verhältnissen des Bahndienstes zu beurtheilen.

In einem anderen Eisenbahn-Unfälle handelte es sich um die zweijährige Verjährung des Reichshauptpflicht-Gesetzes gegenüber einem Minderjährigen; es wurde ausgesprochen, daß diese auch für die vor Eintritt jenes Gesetzes vorgekommenen Fälle gelte, daß aber eine Unterbrechung der Verjährung darin liege, wenn die Eisenbahn durch fortgesetzte Unterstüßung ihre Entschädigungsverbindlichkeit thatsächlich anerkannt hat.

Ein Reichsbeamter hatte eine Rektion bestellt und an seine Gläubiger cedirt, welche dieselbe vom Reichsfinanzamt zurückforderten. Dieser war dazu zwar erbötig, verlangte aber die Rückgabe des Reaktionscheines, welchen die Cessionare nicht besaßen. Die Klage der Rektion wurde abgelehnt, weil der § 13 des Reichsbeamten-Gesetzes dem Fiskus zur Seite steht und in dem Rechte aus Ausübung des Reaktionscheines ein Gehalt des Dienstvertrages liegt, welches auch das Zivilgericht zu respektiren hat. Die Vorderrichter hatten nämlich der Klage stattgegeben, indem sie jene Klausel für zwecklos erklärten, was übrigens auch an sich nicht richtig ist.

München, 20. Jan. Das ultraliberale „Bayer. Vaterland“ schreibt über den Ausfall der Reichstags-Wahlen in Bayern: „Die liberale Partei“ hat vorzugsweise in katholischen Wahlkreisen beträchtlich zugenommen, dagegen in protestantischen und in sämtlichen Pfälzer Kreisen bedeutend verloren, doch beträgt ihr Gesamtverlust gegen 1874 nur 6622 Stimmen (269,720 gegen 276,342 von 1874). Nach der Zahl der für beide Parteien abgegebenen Stimmen würden auf die Liberalen etwa 21, auf die bayrische patriotische Partei nur etwa 27 Abgeordnete treffen, statt 17 resp. 31 Abgeordnete. Das Stimmenverhältnis ist demnach, wenn auch letztere noch 31 Abgeordnete haben, für die Liberalen sehr viel günstiger geworden, als vor 3 Jahren, was eine Folge hauptsächlich der geistvollen Führung der Kammerpatronen ist.“

Die Spaltung in der katholischen Partei Bayerns nimmt immer größere Dimensionen an. Es sind bereits eine erhebliche Zahl von Abgeordneten aus der bayrisch-patriotischen Partei ausgetreten und haben eine „katholische Volkspartei“ gegründet, deren Führer die H. v. Arlo Zinneberg, Dr. Rittlinger und Dr. Sigl sind, die der extremsten Richtung angehören und in denen der Preußenhaß alle anderen Leidenschaften überwiegt. Die eigentlichen Endziele dieser Partei sind auf die Kostrennung Bayerns vom Deutschen Reich gerichtet, Ziele, die durch die Anlehnung Bayerns an Oesterreich und durch ein Zusammengehen des letzteren mit Frankreich verwirklicht werden sollen. Uebrigens haben die Führer dieser neuen Partei öffentlich zugestanden, daß der Indifferentismus unter den Katholiken Bayerns in den letzten Jahren zugenommen habe, was denn auch aus der geringeren Betheiligung der Katholiken bei den letzten Reichstags-Wahlen hervorgeht. Die Majoritäten in den Wahlkreisen, wo die Ultramontanen diesmal gestiegen haben, sind bei Weitem geringer, als im Jahre 1874, ganz abgesehen davon, daß die Liberalen den Katholiken einen Waffstich in Unterfranken abgengewonnen und wenig Aussicht vorhanden ist, daß bei den engeren Wahlen, die noch ausstehen, die Liberalen die Oberhand erhalten. Die Bildung der neuen katholischen Volkspartei und die dadurch notwendig entstehende Verschärfung der Gegensätze zwischen den Gemäßigten und Extremen der Ultramontanen wird den liberalen und konservativen Ele-



Handel und Verkehr.

Neuester Frankfurter Kurszettel im Hauptblatt III. Seite.

Handelsberichte. Berlin, 20. Jan. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen per April-Mai 225.50, per Mai-Juni 226. Roggen per Jan.-Febr. 161.50, per April-Mai 164.50. Hafer per Januar - , per April-Mai 155. - .

Paris, 20. Jan. (Börse nachricht.) Auch zum Wochen-schluss zeigte der Markt noch nicht das geringste Symptom von Schwäche. Man baut auf neue Unterhandlungen in Konstantinopel und legt sich auch die referierte Haltung der russischen Presse in einem dem Frieden günstigen Sinne an.

London, 20. Jan. (11 Uhr.) Consols 95 1/2, Lombarden 6 1/2, Italiener 70 1/2, Türken 11 1/2, 1878er Russen - . London, 20. Jan. (2 Uhr.) Consols 95 1/2, fund. Amerik. 107 1/2.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.

Table with columns: Monat, Barometer, Thermometer, Feuchtigkeitsgrad, Wind, Himmel, Bemerkung. Data for January 20th and 21st.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Goll in Karlsruhe.

Allgemeiner Submissions-Anzeiger. Amtliches Publikationsorgan. IV. Jahrgang.

Erscheint in Stuttgart, 3mal wöchentlich. Derselbe enthält zuverlässig alle Submissionsausgeschrieben jeglichen Gewerbes in äußerst bequemer chronologischer und brauenweise geordneter Uebersicht.

Worms. Heute verschied nach längerem Leiden im 63. Lebensjahre Herr Geheimer Commerzienrath Leonhard Heyl, lebenslängliches Mitglied der Ersten Kammer der Stände, Spanischer Consul, Ritter etc. Die Hinterbliebenen: Caroline Heyl, Louise Bembé, geb. Heyl, Helene Heyl, August Bembé. Worms, den 19. Januar 1877.

Todesanzeige. Pforzheim. Den zahlreichen Freunden und Bekannten meines Schwagers Carl Flammer theile ich, statt besonderer Anzeige, das am 19. dies, Abends 5 Uhr, im Militär-Lazareth in Karlsruhe im Alter von 29 Jahren 6 Tagen erfolgte Ableben desselben mit.

Todesanzeige. Statt jeder besonderen Anzeige. Dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern theuren Gatten und Vater Mag. Veers, Kreisgerichtsrath, gestern Abend 9 Uhr, nach kurzem Unwohlsein, im Alter von 68 Jahren zu sich zu nehmen.

Todesanzeige. Heidelberg. Freunden und Bekannten die trauerliche Nachricht, daß unser lieber Vater, Großvater und Bruder Professor Dr. Wilhelm Poffelt heute Vormittag 9 Uhr im Alter von 70 Jahren sanft entschlafen ist.

Centralblatt f. d. deutschen Holzhandel. Officielles Publikations-Organ des Holzhändler-Vereins, erscheint in Stuttgart wöchentlich 1mal und wird den beiden 3mal wöchentlich erscheinenden Allgemeinen Submissionsanzeiger in Stuttgart und Neuen Strassburger Submissionsanzeiger in Strassburg i. E. beigelegt.

Marktberichte etc. etc. Preis pro Semester 6 M. Probenummern gratis franco. Inserate 25 p. 3.388. 8.

Versteigerung. Wegen Abzug versteigert die Güterverwaltung Hohenwetttersbach und Waghäusel, am Mittwoch den 24. d. Mts., Vormittags 9 Uhr beginnend, ca.: 1000 Zentner Spels, 300 bis 400 Zent. Hafer (meistens unberegnete Waare), 1200 Zent. Dickrüben.

Bierbrauerei Verkauf!! In einer Garnisonstadt der bayr. Pfalz ist eine mittelgroße Bierbrauerei mit schönem, theilweise neuem Inventar, unter günstigsten Bedingungen zu verkaufen.

Kohlen! Städ., Knabbel-, Anstohlen, Fett-schrot und Schmelzblehen empfiehlt Franz Schunck & Co. in Mannheim.

Groß. Eisenbahn-Schuldentilgungskasse Karlsruhe. 124te Ziehung der Badischen 35-fl. Loose.

Von den Loosen der am 30. November 1876 gezogenen 30 Serien Nr. 98, 254, 376, 1141, 1198, 1201, 1860, 1441, 1601, 1669, 1792, 2094, 2493, 2823, 2728, 3028, 3965, 4083, 4136, 4756, 4816, 5632, 5951, 6046, 6244, 6687, 7567, 7659, 7743, 7867 haben in heutiger Gewinnziehung gewonnen:

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit dem 1. Februar l. J. wird ein Specialtarif für die Beförderung von Holzsendungen zwischen den Stationen der Rgl. Badischen Staatsbahn und solchen der beiseitigen Bahn auf der Strecke Freiburg-Basel-Göppingen und den betr. Seitenbahnen via Lindau-Konstanz in Kraft treten.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Mit dem 1. Februar l. J. wird ein Specialtarif für die Beförderung von Holzsendungen zwischen den Stationen der Rgl. Badischen Staatsbahn und solchen der beiseitigen Bahn auf der Strecke Freiburg-Basel-Göppingen und den betr. Seitenbahnen via Lindau-Konstanz in Kraft treten.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Inhaltlich des mit Gültigkeit vom 20. d. Mts. zur Ausgabe gelangten 26. Nachtrags zum Badisch-Mitteldeutschen Gütertarif hat die an der Strecke Waghäusel-Cöthen-Leipzig der Waghäusel-Halberstädter Bahn belegene, früher mit dem Namen „a u d e r S a a l e“ bezeichnete Station den Stationsnamen „C a l b e a. S.“ erhalten.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Der Belgisch-Schweizerische Reciprocationstarif für den Güterverkehr zwischen Antwerpen, Gent und Ostende einerseits und Bad. Stationen andererseits wird seit dem 15. Juli 1876 nicht mehr als 1. März d. J. in Kraft.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Donnerstag den 25. d. Mts. werden wir die im IV. Quartal 1876 zur Einlieferung gelangten herrenlosen Reiseeffekten und Frachtgüter, für welche eine Rückforderung nicht stattgefunden hat, nebst einer Parthie Eisenbahnschwellen und Laternen, in den Räumen des Hauptmagazins, Bahnhofstraße Nr. 5, Vormittags 8 1/2, und Nachmittags 2 Uhr beginnend, gegen Baarzahlung öffentlich versteigern.